

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Menschenrechte

Importstopp für Produkte aus Zwangsarbeit gefordert

Seite 3

IM FOKUS

Soziale Rechte

Standards für Langzeitpflege und Kinderbetreuung festgelegt

Seite 4

Energiepreisbremse

EU will Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten

Seite 5



In ihrer Rede zur Lage der Union stellte Ursula von der Leyen die politischen Prioritäten für die kommenden Monate vor.

KONDOLENZ

Von der Leyen würdigt Queen Elizabeth II.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat der verstorbenen britischen Königin Elizabeth II. gedacht und den Menschen im Vereinigten Königreich ihr tiefes Mitgefühl übermittelt. Von der Leyen würdigte die Lebensleistung der Queen und sagte: „Sie war Zeugin von Krieg und Versöhnung in Europa und darüber hinaus sowie von tiefgreifenden Veränderungen auf unserem Planeten und in unseren Gesellschaften.“ Der Mut und die Hingabe der Queen, ihrem Land zu dienen, seien für viele eine Quelle großer Stärke und ein Anker der Stabilität in schwersten Zeiten gewesen. Ihr Tod hinterlasse ein Gefühl des Verlustes im Vereinigten Königreich, dem Commonwealth und in der ganzen Welt, so die Kommissionspräsidentin.

Würdigung

POLITISCHE PRIORITÄTEN

„Es ist Zeit, in die Macht der Demokratie zu investieren“

Vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union der Ukraine den Beistand der EU zugesichert und zugleich den Wert der Demokratie betont. Die Präsidentin sagte: „Viele von uns haben die Demokratie zu lange für selbstverständlich gehalten. Heute erkennen wir alle, dass wir für unsere Demokratie kämpfen müssen. Tag für Tag.“

> Von der Leyen begrüßte zu ihrer Grundsatzrede im Europäischen Parlament in Straßburg auch Olena Selenska, die Frau des ukrainischen Staatspräsidenten. „Hier kämpft Autokratie gegen Demokratie“, sagte von der Leyen mit Blick auf Russlands Krieg und mahnte: „Es ist Zeit, in die Macht der Demokratie zu investieren.“

In der Rede zur Lage der Union stellt die EU-Kommission seit 2010 ihre politischen Prioritäten vor. Von der Leyen betonte für die kommende Zeit unter anderem:

> **Solidarität mit der Ukraine:** Seit der russischen Invasion mobilisierte die EU Finanzhilfen für die Ukraine in Höhe von rund 19 Milliarden Euro. Die

Präsidentin sicherte dem Land die weitere Unterstützung zu. Als Zeichen der Solidarität kündigte sie ein Wiederaufbauprogramm für Schulen in der Ukraine über 100 Millionen Euro an. Ferner strebt die Kommission an, der Ukraine den nahtlosen Übergang zum Europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen.

> **Energiepreisbremse:** Russlands Krieg in der Ukraine trifft auch die Märkte für Öl, Gas und Strom. Die Preise auf dem Energiemarkt haben sich seit dem Vorjahr verzehnfacht. Von der Leyen erklärte: „Russland manipuliert unsere Energiemärkte.“ Die Kommission greift deshalb ein. So sollen zusätzliche Profite von Energiekonzernen abgeschöpft werden. >>

„Heute hat Mut einen Namen: Ukraine.“

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> Zusätzlich schlägt die Kommission eine Strompreis-Obergrenze für Unternehmen vor, die Strom billig aus Wind und Wasser erzeugen. Mit den zusätzlichen Einnahmen von rund 140 Milliarden Euro werden Haushalte und Firmen in Europa entlastet (siehe auch Seite 5). Von der Leyen sagte: „In Zeiten wie diesen müssen Gewinne geteilt und an die Bedürftigsten umgeleitet werden.“
- > **Ausbau der Wasserstoff-Wirtschaft:** Mit der Initiative REPowerEU wird die Herstellung von Wasserstoff in Europa bis 2030 auf 10 Millionen Tonnen verdoppelt. Um den Ausbau voranzutreiben, regt von der Leyen den Aufbau einer Wasserstoffbank an. Mit den verfügbaren Mitteln von drei Milliarden Euro wird der Kauf des Energieträgers abgesichert, zugleich werden europäische Kapazitäten für die Herstellung von Wasserstoff aufgebaut.
- > **Initiative für Mittelstand und Weiterbildung:** Von der Leyen betonte die besondere Leistung mittelständischer Unternehmen. Mit der Initiative BEFIT schafft die Kommission einheitliche Steuerregeln für Mittelständler in ganz Europa. Ferner folgt eine Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie, um Insolvenzen als Folge von Zahlungsausfällen zu verhindern. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und den Wert der beruflichen Bildung zu stärken, wird 2023 zum Europäischen Jahr für Aus- und Weiterbildung.
- > **Rohstoffsicherheit:** Entscheidend für die Wirtschaft der Zukunft ist die Versorgung mit kritischen Rohstoffen wie Lithium. Nach dem Vorbild des Europäischen Chip-Gesetzes schlug von der Leyen ein Europäisches Gesetz für kritische Rohstoffe vor. Ein Europäischer Souveränitätsfonds sichert außerdem die Ansiedlung zukunftsfähiger Industrien in Europa.

- > **Stärkung der Demokratie:** „Die Errungenschaften unserer Demokratie sind nicht sicher“, warnte die Präsidentin und kündigte ein Paket zur Verteidigung der Demokratie an. So wird die ausländische Finanzierung von Stiftungen, Forschungsstätten und Hochschulinstituten in der EU auf mögliche inhaltliche Einflussnahme untersucht. Zugleich bekräftigte von der Leyen die Bedeutung einer unabhängigen Justiz in den Mitgliedstaaten und beharrte auf dem Konditionalitätsmechanismus, der die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien knüpft.
- > **Verantwortung in der Welt:** Russlands Überfall auf die Ukraine verändert die globale Rolle der EU und macht die Kooperation demokratischer Staaten umso bedeutsamer. Gemeinsam mit US-Präsident Joe Biden wird von der Leyen Partnerstaaten zu einem globalen Investitionsgipfel einladen. Die Präsidentin bekräftigte zudem die Erweiterungsperspektive für die Ukraine, die Republik Moldau und die Länder des westlichen Balkans. Um die Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten zu stärken, unterstützt von der Leyen auch Pläne für eine europäische politische Gemeinschaft.
- > **Zukunft Europas:** Die EU-Kommission hatte eine Konferenz zur Zukunft Europas eingerichtet, ein Forum von Bürgerinnen und Bürgern, um über künftige Aufgaben der EU zu diskutieren. Die Präsidentin regte an, den europäischen Bürgerrat zu verstetigen. Die Generationengerechtigkeit soll in den Europäischen Verträgen verankert werden. Um Europa für die Aufgaben der Zukunft zu rüsten, schlug von der Leyen einen Europäischen Konvent vor. Die Präsidentin mahnte: „Da wir ernsthaft eine Erweiterung der Union ins Auge fassen, müssen wir uns auch ernsthaft um Reformen bemühen.“ (pr) >|

Grundsatzrede

Hohe Speicherpegel

Der Füllstand der Gasspeicher in der EU liegt derzeit europaweit bei 84 Prozent, in Deutschland bei rund 88,5 Prozent. Die EU-Kommission hatte die Mitgliedstaaten zuvor aufgefordert, bis Anfang Oktober dieses Jahres einen Mindestpegel der Gasspeicher in der EU von 80 Prozent zu erreichen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte die Anstrengungen der Mitgliedstaaten und sagte in ihrer Rede zur Lage der Union: „Wir übertreffen unser Ziel.“

Olena Selenska, die Ehefrau des ukrainischen Präsidenten, war Ehrengast bei der Rede im Europäischen Parlament.



MENSCHENRECHTE

Kommission dringt auf Importstopp für Produkte aus Zwangsarbeit

Weltweit werden nach Schätzung der Weltarbeitsorganisation ILO rund 27,6 Millionen Menschen zur Arbeit gezwungen – beinahe die Hälfte davon in der Region Asien und Pazifik. Die Kommission will Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt werden, auf dem EU-Markt verbieten. In ihrem Vorschlag nimmt sie zwar keine bestimmten Unternehmen oder Wirtschaftszweige ins Visier, deckt jedoch sämtliche Produkte ab, unabhängig davon, ob sie in der EU für den Inlandsverbrauch oder die Ausfuhr hergestellt oder aus Drittstaaten eingeführt werden. Entsprechenden Hinweisen sollen Behörden auf Ebene der Mitgliedstaaten nachgehen und belegen, dass bei Herstellung, Ernte und Abbau von Rohstoffen für eine Ware keine Menschen zu Zwangsarbeit genötigt wurden. Die Zollbehörden der EU werden in Zwangsarbeit hergestellte Waren an der Außengrenze der EU stoppen.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton erklärte: „Wir können kein Konsummodell aufrechterhalten, in dem Produkte nicht nachhaltig hergestellt werden.“ Der für Handel zuständige Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis ergänzte: „Mit diesem Vorschlag tragen wir maßgeblich zur Bekämpfung der modernen Sklaverei bei, von der weltweit Millionen von Menschen betroffen sind.“

Handel

CETA

Deutschland billigt Schiedsgerichte

Die EU-Kommission hat sich mit der Bundesregierung über eine Zusatzklärung zum Freihandelsabkommen CETA mit Kanada verständigt. Die Vereinbarung bezieht sich auf Schiedsverfahren zwischen Staaten und Unternehmen – kurz ISDS (Investor-State Dispute Settlement) genannt. Die Erklärung hält fest, dass ein „möglicher Missbrauch des Streitbeilegungsmechanismus durch Investoren verhindert werden kann“ und präzisiert die Begriffe „indirekte Enteignung“ und „faire und billige Behandlung“. Valdis Dombrovskis, für den Handel zuständiger Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, twitterte: „CETA ist ein wichtiges, für beide Seiten vorteilhaftes Abkommen zwischen vertrauenswürdigen, gleichgesinnten Partnern.“

Die EU und Kanada hatten sich 2014 auf ein gemeinsames Handelsabkommen verständigt. CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement – senkt Zölle und erleichtert den Export von Waren und Dienstleistungen. Die Übereinkunft ist 2017 vorläufig in Kraft getreten und wird derzeit von den Mitgliedstaaten der EU ratifiziert.

Investitionsschutz

NACHHALTIGER VERKEHR

EU fördert Ausbau der Lade-Infrastruktur in Deutschland

Die EU stellt weitere Mittel bereit, um in Europa eine Lade-Infrastruktur für alternative Kraftstoffe aufzubauen. Von den Fördergeldern über insgesamt 292 Millionen Euro gehen rund 43 Millionen Euro nach Deutschland, um den Ausbau von E-Ladesäulen voranzutreiben und ein Netz von Wasserstofftankstationen zu errichten. Zugleich forciert die EU-Kommission den Ausbau des nachhaltigen Verkehrs in Europa mit neuen Infrastrukturprojekten und steuert weitere fünf Milliarden Euro für europäische Verkehrsinfrastrukturprojekte bei. Entsprechende Bewerbungen können derzeit beim EU-Förderinstrument zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in Europa „Connecting Europe“ (CEF) eingereicht werden. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean betonte, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Nachhaltigkeit des gesamten Verkehrsnetzes in der EU verbessert werde. Sie sagte: „Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine werden mit der Aufforderung auch Projekte zur Modernisierung der Grenzübergangsstellen unterstützt, um den Warentransport zwischen der EU und der Ukraine entlang der Solidaritätsrouten – den Lebensadern der ukrainischen Wirtschaft – zu erleichtern.“ Im Zuge des europäischen Grünen Deal müssen die Verkehrsemissionen bis 2050 um 90 Prozent sinken.

Mobilität

CORONA

Erste Impfstoffe gegen Omikron-Variante

Nach einer entsprechenden Empfehlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) hat die EU-Kommission die ersten Impfstoffe gegen die Omikron-Variante des COVID-19-Erregers zugelassen, zwei Vakzine gegen die Subvariante BA.1 sowie einen bivalenten Impfstoff, der gegen die Untervarianten BA.4 und BA.5 wirkt. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides erklärte: „Die positiven Stellungnahmen der Europäischen Arzneimittel-Agentur zu den ersten an Varianten angepassten mRNA-Impfstoffen von BioNTech-Pfizer und Moderna sind wichtig, um die Europäerinnen und Europäer vor dem wahrscheinlichen Risiko von Infektionswellen im Herbst und Winter zu schützen.“

Zugleich ermahnte die Kommission die Mitgliedstaaten, frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um einer weiteren Pandemiewelle im Herbst und Winter zu begegnen. Dazu gehören unter anderem Auffrischungsimpfungen für über 60-Jährige, eine allgemeine Erhöhung der Impfquote sowie eine ausreichende Kommunikation über mögliche Risiken einer Infektion.

Neue Impfstoffe

SOZIALE RECHTE

EU-Kommission legt Standards für Langzeitpflege und Kinderbetreuung fest

Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten konkrete Empfehlungen zur Kinderbetreuung und Langzeitpflege an die Hand gegeben. Zur Vorstellung der Europäischen Strategie zur Pflege und Betreuung mahnte Dubravka Šuica, Vize-Präsidentin der EU-Kommission, gemeinsame Anstrengungen an und sagte: „Pflege geht uns alle an.“



© Shutterstock

Die Kommission dringt auf eine gute und bezahlbare Pflege mit hohen Standards und einer ausreichenden Zahl an Heimplätzen.

> Der Vorstoß der Kommission enthält detaillierte Vorschläge für die Mitgliedstaaten, gute und bezahlbare Angebote zur Kinderbetreuung und Altenpflege zu schaffen, angemessene Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu sichern und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Beschäftigte dieser Branche zu verbessern.

Bei der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung geht es darum, von der Kindheit bis ins hohe Alter die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und dafür zu sorgen, dass sie zur richtigen Zeit und am richtigen Ort die Betreuung und Pflege erhalten, die sie benötigen. Sozialkommissar Nicolas Schmit sagte bei der Vorstellung der Initiative: „Die EU erkennt den Wert der Pflege- und Betreuungsarbeit an, und dieser Wert muss sich in besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung niederschlagen.“

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die Initiative im Vorjahr in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt. Im Einzelnen umfasst die Strategie:

> **Pflege:** Im Jahr 2050 werden in der EU rund 38,1 Millionen Menschen auf Langzeitpflege angewiesen sein, das ist ein Viertel mehr als derzeit.

Die EU-Kommission dringt auf eine gute und bezahlbare Pflege mit hohen Standards und eine ausreichende Zahl an Heimplätzen. „Menschen, die Langzeitpflege benötigen, müssen auf erschwingliche und hochwertige Dienste zurückgreifen können, sodass sie ein Leben in Würde führen können“, mahnte Schmit. Die Kommission setzt dabei auf nationale Aktionspläne. Diese umfassen Mindestanforderungen für Pflegeheime, eine gute Qualität der Ausbildung des Personals, gemeinsame Sozialstandards für häusliche Pflegekräfte sowie eine Unterstützung für pflegende Familienangehörige. Zudem wird der Zugang von Pflegekräften erleichtert.

> **Kinderbetreuung:** Bereits 2002 hatten sich die Mitgliedstaaten in den Barcelona-Zielen auf gemeinsame Standards zur Kinderbetreuung verständigt. 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren sowie 90 Prozent der Kinder in der Altersspanne zwischen drei Jahren und der Einschulung sollten eine Garantie auf einen Kita-Platz erhalten. Die Kommission regt eine Ausweitung der Kinderbetreuung an: 50 Prozent der unter Dreijährigen sowie 96 Prozent der Vorschulkinder ab einem Alter von drei Jahren sollten Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung, sagte: „Das klingt ambitioniert, aber das ist machbar.“

Besondere Bedeutung für Gleichstellung

Dalli hob die Bedeutung der Pflegeinitiative für die Gleichstellung hervor. 90 Prozent der rund 9,1 Millionen Pflegekräfte in der EU sind Frauen. Rund 7,7 Millionen Frauen in der EU können keine bezahlte reguläre Arbeit aufnehmen, weil sie sich der Kinderbetreuung oder der häuslichen Pflege widmen.

Dalli betonte: „Investitionen in Pflege und Betreuung sind auch Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter und die soziale Gerechtigkeit. Bei unserer Initiative geht es darum, allen Menschen mit Pflege- oder Betreuungsaufgaben, insbesondere Frauen, eine echte Wahlmöglichkeit zu bieten, wenn es darum geht, private Verpflichtungen und das Berufsleben miteinander zu vereinbaren.“ (pr) >|

■ *Pflegestrategie*

Die Lage in Deutschland

In Deutschland leben derzeit rund 83 Millionen Menschen, davon sind 17,9 Millionen älter als 65. Das entspricht einem Anteil von rund 21,5 Prozent (EU-Durchschnitt 20,3 Prozent). Bis 2050 sinkt die Einwohnerzahl hierzulande leicht auf 82,7 Millionen Menschen, die Zahl der über 65-Jährigen steigt aber auf 21,2 Millionen an, das sind rund 25,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Deutschland werden im Jahr 2050 bis zu 6,6 Millionen Menschen Langzeitpflege benötigen. Die größte Herausforderung sieht die EU-Kommission in einem Mangel an Pflegekräften. Im Jahr 2030 könnten allein in Deutschland demnach rund 186.000 Beschäftigte in den Pflegeeinrichtungen fehlen.

ENERGIEPREISBREMSE

Von der Leyen dringt auf Entlastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern

Auf Initiative von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen treiben die Mitgliedstaaten Maßnahmen voran, um den Anstieg der Energiepreise zu bremsen und Zufallserlöse abzuschöpfen. Mit den zusätzlichen Einnahmen sollen Haushalte sowie Unternehmen in Europa entlastet werden. Von der Leyen erklärte: „Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation, und zwar nicht nur, weil sich Russland als ein unzuverlässiger Lieferant erweist, wie wir in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten erlebt haben, sondern auch, weil Russland den Gasmarkt aktiv manipuliert.“

> Der für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans sowie EU-Energiekommissarin Kadri Simson erläuterten Details der Pläne in Straßburg. Timmermans stellte grundsätzlich klar: „Die Zeiten billiger fossiler Energie sind vorbei und kehren nicht mehr zurück.“

Die Entlastungsinitiative der EU-Kommission sieht unter anderem vor:

> **Gewinn-Obergrenze beim Strom:** Der Preis an der Strombörse orientiert sich an den Erzeugerkosten des teuersten Anbieters, das sind Gaskraftwerke. Fachleute sprechen vom Prinzip des Merit Order – der Reihenfolge des Vorteils. Dieses Prinzip beschert Anbietern von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind, der günstig erzeugt wird, derzeit zusätzliche Erlöse. Die Kommission dringt darauf, den Strompreis auf 180 Euro pro Megawattstunde (MWh) zu begrenzen und zusätzliche Erlöse einzuziehen. So liegt der Preis derzeit bei rund 400 Euro pro Megawattstunde. Die zusätzlichen Mehreinnahmen der Unternehmen von insgesamt rund 117 Milliarden Euro können die Mitgliedstaaten abschöpfen und umleiten, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten. Entweder direkt über Energiegutscheine oder über bezuschusste Tarife für den Basis-Verbrauch. Die Maßnahme ist zunächst bis 31. März 2023 befristet, kann aber ausgedehnt werden. Kadri erläuterte: „Dies wird es den Mitgliedstaaten gestatten, in dieser schwierigen Zeit Einnahmen zu erheben und an Bedürftige weiterzugeben, ohne dass das langfristige Funktionieren des Marktes beeinträchtigt wird.“

> **Energie-Soli:** Die Energiepreise steigen auf breiter Front und bescheren auch Öl-, Kohle- und



© Shutterstock

Erdgasunternehmen sowie Raffinerien Extra-Gewinne. Von zusätzlichen Erlösen, die um mehr als ein Fünftel über dem Durchschnittsgewinn der vergangenen drei Jahre liegen, werden künftig 33 Prozent abgeschöpft. Mit den Abgabeerlösen von insgesamt rund 25 Milliarden Euro können die Mitgliedstaaten Privathaushalte und energieintensive Unternehmen entlasten oder Investitionen in Erneuerbare fördern. Die Maßnahmen gelten zunächst für ein Jahr, können aber verlängert werden.

> **Billigung von Beihilfen:** Auch Energieversorgern und energieintensiven Unternehmen machen steigende Energiepreise zu schaffen. Die EU-Kommission plant, staatliche Beihilfen für diese Unternehmen zeitlich begrenzt zu billigen.

> **Stromsparen:** Strom ist besonders teuer in Zeiten des Spitzenverbrauchs, weil dann auch energieintensive Gaskraftwerke zur Elektrizitätserzeugung herangezogen werden. Deshalb dringt die Kommission auf verbindliche Stromsparmaßnahmen von mindestens 5 Prozent in Spitzenzeiten. Das spart bis zum 31. März kommenden Jahres rund 1,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas und entspricht rund 4 Prozent des gesamten Gas-Verbrauchs, der zur Stromerzeugung genutzt wird.

Timmermans erklärte: „Diese beispiellosen Maßnahmen sind eine notwendige Reaktion auf die Engpässe bei der Energieversorgung und die hohen Energiepreise, die Europa zu schaffen machen.“ Die Mitgliedstaaten kündigten bereits an, die Vorschläge noch im September zu verabschieden. (pr) >|

Die Kommission dringt unter anderem auf verbindliche Energiesparmaßnahmen in Spitzenzeiten.

Ausbau der Windkraft

Die Nordsee-Anrainer Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Irland, Dänemark, Norwegen und Schweden wollen die Offshore-Windkraft ausbauen. Das wurde auf einem Treffen mit EU-Energiekommissarin Kadri Simson vereinbart.

Demnach steigt der Ausbau auf 76 Gigawatt bis 2030, 193 Gigawatt bis 2040 und 260 Gigawatt bis 2050. Das entspricht mehr als 85 Prozent des EU-weit erforderlichen Offshore-Ausbaus bis 2050, um das EU-Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

EUROPA VOR ORT

EU fördert den Klima-Umbau in Sachsen

Sachsen setzt auf die Wende zu nachhaltigen Energien - und den Just Transition Fund (JTF) der Europäischen Union. Rund 2,25 Milliarden Euro der insgesamt 17,5 Milliarden Euro aus dem Fonds für einen gerechten Klimaübergang der EU fließen nach Deutschland, davon gehen rund 645 Millionen Euro nach Sachsen. Martin Dulig, Minister für Wirtschaft und Arbeit des Freistaats, lobt die europäische Initiative: „Die EU kann so große Ziele wie Klimaneutralität nur erreichen, wenn den Regionen und Menschen geholfen wird, die vom Strukturwandel am stärksten betroffen sind.“



© LEAG

Der Tagebau Welzow-Süd in der Niederlausitz erzielt derzeit das größte Fördervolumen unter den Tagebauen der LEAG.

> Der Fonds für einen gerechten Übergang ist Teil des Europäischen Grünen Deals, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht. Die EU unterstützt durch den Fonds Regionen, die durch die Abkehr von fossilen Energien vor besonders großen Herausforderungen stehen wie zum Beispiel Sachsen durch den Abschied vom Braunkohletagebau.

So erhält die Lausitz von den EU-Fördergeldern rund 375 Millionen Euro, das Mitteldeutsche Revier rund 200 Millionen Euro und 70 Millionen Euro gehen nach Chemnitz. Dulig erläutert: „Die sächsischen Braunkohlereviere sowie die Stadt Chemnitz gehören zu den Regionen, die von der europäischen JTF-Förderung profitieren. Mit dem Geld wollen wir diese Gebiete zu leistungsfähigen und innovativen Wirtschaftsregionen entwickeln, in denen Menschen gut und gern leben.“

Unterstützung für Chemnitz

Chemnitz, Europas Kulturhauptstadt 2025, steht durch den Abschied von der Braunkohle vor besonderen strukturpolitischen Aufgaben. Das mit Braunkohle befeuerte Kraftwerk zur Strom- und Wärmeerzeugung im Norden der Stadt ist der mit Abstand größte Kohlendioxid-Emittent der Regi-

on. Täglich werden im Sommer rund 2.000 Tonnen Braunkohle verfeuert, im Winter sogar bis zu 4.500 Tonnen. Spätestens 2029 ist damit Schluss. Pro Jahr spart das rund eine Million Tonnen des Klimagases Kohlendioxid.

Die EU fördert den Übergang zu klimafreundlichen Lösungen. So werden die Beschäftigten des Braunkohlekraftwerks in Chemnitz mit Mitteln von der EU für den Umgang mit klimaschonenderen Energieträgern geschult. Dulig erläutert: „Damit die Revier auch nach dem Kohleausstieg Energieregionen bleiben, sollen klimaschonende Technologien zur Energieversorgung und -speicherung entwickelt und an den Markt gebracht werden. Mit dem JTF können wir diese Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ebenso wie Investitionen in neue Verfahren und Anlagen sowie innovative Geschäftsideen unterstützen.“

Bereits jetzt fördert die EU den Wandel in Sachsen. An der TU Chemnitz wird durch die Corona-Aufbauhilfe REACT-EU das Programm „REACT with H2: Effektive und nachhaltige Wasserstoffspeicherung für Brennstoffzellen“ gefördert. In Leipzig unterstützt der Europäische Sozialfonds (ESF) gemeinsam mit der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) das Projekt VDI GaraGE – dort können sich Jugendliche über Technik-Berufe informieren und schulen. Am Tagebaustandort Hoyerswerda fördert die EU das Programm „Jump2Work“, das Langzeitarbeitslose auf eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt vorbereitet.

Der Übergangsfonds speist sich aus 10 Milliarden Euro des Aufbaufonds NextGenerationEU sowie 7,5 Milliarden Euro aus dem mehrjährigen Haushalt der EU für die Jahre 2021 bis 2027. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und verantwortlich für die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals, erklärt: „Wir müssen uns solidarisch zeigen, mit den am stärksten betroffenen Regionen in Europa.“ Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen sagte zur Vergabe der Mittel: „Das sind konkrete Schritte zur Unterstützung von Investitionen. Sie werden die Gründung neuer Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen erleichtern.“ (pr) >|

Weitere 11,5 Milliarden Euro für Strukturwandel

Der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) fördert hierzulande den Strukturwandel in den Braunkohleregionen Rheinisches Revier sowie Lausitz und Mitteldeutsches Revier. Insgesamt hängen dort rund 20.000 Jobs von der Braunkohle ab. EU-Kommission und Europäische Investitionsbank (EIB) stellen bis 2027 zusätzlich 11,5 Milliarden Euro für Gemeinden und öffentliche Unternehmen in den deutschen Kohleregionen bereit. Unterstützt werden Pläne, die die sozioökonomischen Folgen der Energiewende senken.

Europa in Zahlen

74,2

Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über Zugang zum Hochgeschwindigkeits-Internet. Damit liegt das Land über dem EU-Durchschnitt von 70,2 Prozent. Am dichtesten ist das Internet in Malta ausgebaut, dort ist jeder Haushalt (100 Prozent) mit Breitband versorgt, es folgen Luxemburg (95,6 Prozent) und Dänemark (94,9 Prozent). Am geringsten ist der Ausbau mit schnellem Internet in Griechenland, dort ist nur jeder fünfte Haushalt (19,8 Prozent) ans Breitband angeschlossen.

Die EU-Kommission hatte im Zuge der Strategie „Weg in die digitale Dekade“ das Ziel ausgegeben, bis 2030 alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen.

Digitale Dekade

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.09.2022 16.00–17.30 Uhr	„Europäischer Bürgerpreis 2022“ Preisverleihung mit anschließendem Empfang Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/epbuergerpreis2022
> 20.09.2022 19.00–20.30 Uhr	„Europa der Regionen - Regionen in Europa“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen sowie Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/europa-der-regionen
> 21.09.2022 15.00–17.00 Uhr	„Akkreditierung: Fragen und Antworten“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung	Online	www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/q-and-a-webinar-akkreditierung
> 24.09.2022 10.00–18.00 Uhr	„Hey Europe! #wirmacheneuropa“ Jugend-Europa-Festival Veranstalter: Hessische Staatskanzlei	Congress Park Hanau Schloßplatz 1 63450 Hanau	www.hey europe.de
> 28.09.2022 19.00–20.30 Uhr	„Mein Europa – Italien“ Eine virtuelle Reise Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/mein-europa/my-europe-italy
> 24.–25.09.2022 10.00 Uhr	„Lollapalooza Musik-Festival“ EU-Aktionsfläche Veranstalter: Europäische Kommission, Europäisches Parlament	Olympischer Platz 3 14053 Berlin	www.lollapaloozade.com/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EU-WETTBEWERB FÜR JUNGE ÜBERSETZER

Neue Bewerbungsrunde für Schulen startet

Ab sofort können sich Sekundarschulen in allen EU-Ländern für Juvenes Translatores anmelden, den jährlichen Übersetzungswettbewerb der Europäischen Kommission. Die Online-Registrierung für Schulen, deren Schülerinnen und Schüler mit Gleichaltrigen aus der gesamten EU wetteifern möchten, läuft. In diesem Jahr werden die Teilnehmenden Texte zum Thema „Europäische Jugend“ übersetzen.



Die Schülerinnen und Schüler können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Daraus ergeben sich 552 mögliche Sprachkombinationen. Die Teilnahme am Wettbewerb erfolgt in zwei Phasen. In der ersten Phase müssen sich interessierte Schulen bis zum 20. Oktober 2022, 12.00 Uhr MEZ, anmelden. Lehrkräfte können das Anmeldeformular in jeder der 24 EU-Amtssprachen ausfüllen.

■ *Juvenes Translatores*

DISCOVEREU

Kommission vergibt über 6.000 Travel-Pässe

Zum zweiten Mal in diesem Jahr werden 35.000 junge Menschen einen Bahnpass erhalten, um Europa und seine reiche Kultur zu entdecken. Nach Deutschland gehen mindestens 6.069 Tickets. Die EU-Kommission vergibt im Rahmen von DiscoverEU die kostenlosen Travel-Pässe an Europäerinnen und Europäer im Alter von 18 Jahren. Vom 11. Oktober, 12.00 Uhr, bis zum 25. Oktober, 12.00 Uhr, können sich Interessierte bewerben.



Wer zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2004 geboren ist und beim Auswahlquiz erfolgreich war, kann zwischen dem 1. März 2023 und dem 29. Februar 2024 für bis zu 30 Tage innerhalb Europas reisen. Zusätzlich zum Travel-Pass gibt es auch wieder die DiscoverEU-Rabattkarte. Sie bietet Ermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel, Kultur, Unterkunft, Essen, Sport und andere Dienstleistungen in den förderfähigen Ländern.

■ *DiscoverEU*

WEITERBILDUNG ZU EU-THEMEN

Workshops mit den YEPs

Die Young European Professionals (YEPs) suchen europainteressierte Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, die Workshops mit Gleichaltrigen durchführen. Das überparteiliche, partizipative Netzwerk besteht aus ca. 50 Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden aus ganz Deutschland, die gemeinsam Wissen über die EU in die Klassenräume bringen. Dabei geht es um Bildungsarbeit auf Augenhöhe durch interaktive Methoden, bei denen die Partizipation der Teilnehmenden im Vordergrund steht – egal ob Planspiele, Energizer, Simulationen oder große Diskussionsrunden. Das Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn gefördert. Bewerbungen sind bis zum 3. Oktober möglich.

■ *Young European Professionals*



CREATIVE EUROPE

Fünf neue Aufrufe für den Nachrichtensektor

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der „News Initiative“ fünf Aufrufe veröffentlicht, die sich gezielt an den Nachrichtensektor wenden. Die Initiative ist Teil des Aktionsplans für den Medien- und audiovisuellen Sektor der EU, mit dem eine freie und vielfältige Medienlandschaft gefördert und langfristig gestärkt werden soll. Mit dem Aufruf „Ein europäischer öffentlicher Raum: ein neues Online-Medienangebot für junge Europäer“ unterstützt die Kommission nach zwei Pilotprojekten aus den Jahren 2020 und 2021 erneut die Produktion von Inhalten aktueller Themen aus ganz Europa für und durch junge Europäerinnen und Europäer. Insgesamt stehen Mittel in Höhe von 9 Millionen Euro zur Verfügung. Der Kofinanzierungssatz beträgt höchstens 80 Prozent der förderfähigen Kosten.

In weiteren Aufrufen geht es um die Produktion und den Vertrieb von unabhängigen Radioinhalten über europäische Themen, die Unterstützung lokaler und regionaler Nachrichtenmedien, daten-gesteuerte Nachrichtenproduktion sowie um europäischer Medienplattformen.

■ *Creative Europe*